

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Johannes Rau zur Woche
der Brüderlichkeit: Brüder-
lichkeit in der Bewährung.
Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier zur
Diskussion um Arbeitszeit-
verkürzung: Es geht auch
um den Gleichheitsan-
spruch.
Seite 3

Hans Büchler MdB zu den
Ergebnissen bei den bayeri-
schen Kommunalwahlen:
Meinungsführerschaft und
Glaubwürdigkeit werden ho-
noriert.
Seite 4

Karsten D. Voigt MdB zu
den Reisebedingungen zwi-
schen der Bundesrepublik
und Ungarn: Den Verpflich-
tungen aus der KSZE-
Schlußakte nachkommen.
Seite 5

Ludwig Stiegler MdB zum
Tod von Franz Zebisch:
Ein Leben für die Arbei-
terbewegung.
Seite 6

43. Jahrgang / 46

8. März 1988

Brüderlichkeit in der Bewährung

Gedanken zur Woche der Brüderlichkeit

Von Johannes Rau
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Am Sonntag ist in Fulda die diesjährige „Woche der Brüderlichkeit“ eröffnet worden. Asher Ben Nathan, der erste Botschafter des Staates Israel in Bonn und all denen ein vertrauter und vertrauenswürdiger Freund, die das Schicksal Israels nicht gleichgültig läßt, hat Bedenkens- und Beherrigenswertes gesprochen.

Die Israelis gedenken des vierzigjährigen Bestehens ihres Staates. Ohne Frage haben wir Deutsche Anlaß, mit Betroffenheit und Gefühlen der Verantwortung auf diesen Staat, seine Gründungsgeschichte, seine Gefährdung und seine Zukunftsperspektiven, aber auch auf seine Nachbarn zu blicken. Der Holocaust, dem Millionen europäischer Juden zum Opfer fielen, hat Palästina damals zum Land der Hoffnung (so Dietrich Sattler im „Sonntagsblatt“) gemacht. Er hat auf eine uns Deutsche beschämende und bedrängende Weise dem großen Theodor Herzl und seinem Konzept des Zionismus Recht gegeben. Judenverfolgung und Mord an den Juden gaben der Staatsgründung Israels den Charakter des einzig noch möglichen Weges, dem jüdischen Volk Überleben zu sichern.

So ist das Motto dieser „Woche der Brüderlichkeit“ im Jahre 1988 mit den beiden Worten „Verwirklichte Hoffnung“ aus unserer Sicht zu verstehen. In einer Fülle von Veranstaltungen werden die Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit in diesen Tagen nach zwei Seiten zurückfragen: Herüber zum Volk in Israel, wie es denn um Hoffnung und Wirklichkeit bestellt ist - und gleichzeitig an Christen und andere nichtjüdische Deutsche gerichtet: „Mit welchem (Lebens-) Ernst, mit welchen kritischen Fragen und mit welchen Erinnerungen laßt Ihr Brüderlichkeit praktisch wirken?“

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtete Umgehung
mit unemulsierten
Kochpapier



Wie finden wir Antworten auf solche Fragen? Wir, mit unserer Befangenheit, mit unseren Erinnerungen, etwa an den Novembertag vor 50 Jahren, zynisch als „Reichskristallnacht“ beschrieben, wir auch, die wir anscheinend nicht loskommen können von der Sicht, daß da Brüder in der Ferne des „Gelobten Landes“ doch auch fremde Brüder sind.

Gewiß, wir haben hier, zwischen Flensburg und Passau, unsere Formeln: Israels Existenzrecht muß gesichert sein, das Lebens- und Heimatrecht der Palästinenser soll nicht bestritten werden. Und manche unter uns haben wohl auch andere Gedanken im Kopf (und schon wieder auf den Lippen): Ist es nicht im Fernsehen beinahe täglich zu erleben, was „die Israelis“ den Palästinensern antun? Und schon finde ich auch Briefe in der Post, in denen die Rede ist von Gewalt der Juden, von israelischem Unrecht, so als könnten wir dadurch ein Stück Relativierung deutscher Untaten, wenn nicht gar „Rehabilitierung“ gewinnen...

Ja, ich sehe diese Fernsehbilder nicht leichten Herzens, ich lese Briefe israelischer Freunde, kluge Analysen von „Nah-Ost-Kennern“, danke zurück an viele Reiseindrücke und Gespräche in Israel während der letzten drei Jahrzehnte, ich grübele über verwirklichte und unverwirklichte Hoffnungen, auch über das, was ich demnächst in manchen Gedenkveranstaltungen zum November 1938 sagen kann oder muß.

Wie ist, gleicherweise brüderlich und kritisch, jenseits unserer Standardformeln aufrichtig und womöglich hilfreich Auskunft zu geben?

Und da gebe ich zu bedenken: Laßt uns - und wahrlich nicht nur während der Woche der Brüderlichkeit - jüdische Mitbürger unter uns ermutigen, auch unter der Last von Erinnerung unser Leben, vielleicht sogar in beiden deutschen Staaten, zu teilen.

Laßt uns Zeichen der Verbundenheit all jenen in Israel senden, die dort Frieden anstreben für Juden und Palästinenser und dafür wirken.

Laßt uns freilich auch lernen, daß die einfachen Formeln im teils offenen - teils verdeckten Streit in den von Juden und Arabern besiedelten Gebieten und Staaten, auch unter dem Aspekt machtpolitischer Interessen anderer, so leicht nicht umzusetzen sind.

Laßt uns begreifen, daß es - vorerst - Patentrezepte für Gerechtigkeit und Versöhnung nicht gibt, daß es aber trotzdem noch immer guten Willen gibt, der Hoffnung macht. Teddy Kollak, Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, war und ist in Jerusalem ein leuchtendes Beispiel.

Laßt uns schließlich ohne unangemessene Sucht, Ratschläge zu erteilen, auch jetzt und künftig nach Israel reisen, uns im „Alltag“ an Ort und Stelle umsehen, uns informieren und so in bescheidener Weise dazu beitragen, daß Isolierung nicht stattfindet.

Wenn wir, über all das hinausgehend, hier bei uns und dort im von mehr als Unruhe geplagten Land Israel, noch deutlich machen können, daß Friede, Gerechtigkeit, Versöhnung nur in Abkehr von alten und neuen Fundamentalismen in beiden Völkern erreicht werden können - dann leisten wir damit, vielleicht, ein Stück Zukunftshilfe, das wir aus der Last unserer eigenen Vergangenheit als Erkenntnis fruchtbar machen und weiter vermitteln können.

(-/8.3.1988/rs/ks)

* * *

Es geht auch um den Gleichheitsanspruch von Frau und Mann

Zur Diskussion um Arbeitszeitverkürzung und den Stellenwert von
Erwerbs- und Reproduktionsarbeit

Von Inga Wettig-Danielmaier
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Mehr noch als 1911 sind wir Sozialdemokratinnen überzeugt, daß das Recht und die Chance auf Erwerbsarbeit eine Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Gleichheit der Frau ist. Aber ebenso sind wir davon überzeugt, daß Familien- und Eigenarbeit, gesellschaftliche und kulturelle Tätigkeiten den Selbstwert des Menschen, seine Chance zur Selbstverwirklichung gleichermaßen bestimmen. Eine Erwerbswelt, die nicht anerkennt, daß Familienarbeit gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, daß gesellschaftliche Teilhabe zum Menschen gehört, ist inhuman.

Wir begrüßen, daß die Tarifausschüsse in diesem Jahr vorrangig um Arbeitszeitverkürzung geführt werden. Wir brauchen Arbeitszeitverkürzungen, um die Erwerbsarbeit gerecht zu verteilen zwischen Männern und Frauen, zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen. Wir brauchen den Sechs-Stunden-Erwerbsarbeitstag für alle, um den Menschen die Chance zu geben, sich neben dem Beruf der Familie und der Gesellschaft zu widmen, ihre individuellen Spielräume zu nutzen für eine eigenständige Lebensgestaltung.

Für uns ist der Streit um den vollen Lohnausgleich ein Schattenboxen. Frauen sind immer gezwungen worden, verkürzte Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich anzunehmen. Deshalb konnten und können sie nicht unabhängig leben, deshalb müssen sie in dieser reichen Gesellschaft von schandhaft niedrigen Renten leben und sind auch im Alter wieder abhängig. Es ist unstrittig, daß Arbeitszeitverkürzungen in den unteren Lohngruppen nur möglich sind, wenn trotzdem die Reallohne steigen. Dann immer noch decken diese Einkommen kaum das Nötigste.

Aber es ist ebenso unstrittig, daß Einkommen - unabhängig von Leistung und Arbeitseinsatz - ungerecht verteilt sind zwischen abhängig und unabhängig Erwerbstätigen, zwischen schlecht und gut verdienenden Arbeitnehmern, zwischen Frauen und Männern, zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen. Wir brauchen eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit und der Einkommen! Der Streit um den vollen Lohnausgleich ist ein vordergründiger Streit - niemand in der SPD und in den Gewerkschaften bestreitet, daß es insgesamt - kollektiv - einen vollen Lohnausgleich geben muß, das heißt, daß am Lohn und an der Erwerbsarbeit insgesamt nicht gespart werden darf - weder von privaten noch von öffentlichen Arbeitgebern. Zimmermann und Stoltenberg und andere Konservative sollten bei Ihrem Belfall für Lafontaine bedenken, daß sie es waren, die in der Vergangenheit eine gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der Einkommen verhindert haben in den Tarifverhandlungen. Sie haben die Forderungen nach mehr Gewerkschaften, nach gleichen Lohnerhöhungen für alle - die sogenannten Sockelbeträge - als leistungsfeldlich abgelehnt, so daß die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen immer größer geworden ist. Auch davon sind Frauen vorrangig betroffen. Sie haben aber auch Arbeitszeitverkürzungen mit Häme abgelehnt. In der SPD ist die gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit und die gerechtere Verteilung der Einkommen nie strittig gewesen.

Strittig in den Auseinandersetzungen der letzten Wochen ist aber sehr wohl der Stellenwert der Erwerbsarbeit als einzigem Zentrum menschlichen Lebens. Oder anders ausgedrückt, es ist strittig, ob Erwerbsarbeit und Familienarbeit und gesellschaftliche Teilhabe gemeinsam und als gesellschaftlich notwendig und bestimmend für die Selbstverwirklichung der Menschen angesehen werden. Es geht also in den Auseinandersetzungen auch um den Gleichheitsanspruch von Frau und Mann. Wir stimmen den Gewerkschaften zu, wenn sie sagen, durch bloße Umbewertung von Arbeit außerhalb der Erwerbsarbeit kann man Arbeitslosigkeit nicht wegdefinieren. Aber wir lehnen es ab, alles, was außerhalb des Erwerbslebens passiert, zur Freizeitbeschäftigung zu erklären, die sich der Erwerbsarbeit unterzuordnen hat.

Wir Frauen brauchen die gerechte Beteiligung an allen Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit und Tätigkeit. Wir brauchen das Recht auf Erwerbsarbeit und wir brauchen zusätzlich die gerechte Verteilung der Familienarbeit und der politischen Gestaltungsmöglichkeiten. (-/8.3.1988/rs/ks)

Herausragende Ergebnisse bei den bayerischen Kommunalwahlen

 Meinungsführerschaft und Glaubwürdigkeit werden honoriert

Von Hans Böhler MdB

Bei den Oberbürgermeister- und anderen Kommunalwahlen in Bayern, aber vor allem in den Grenzlandregionen, feierten die SPD-Kandidaten große Erfolge. In Hof (60,4 Prozent) und Bayreuth (56,3 Prozent) errangen Dieter Döhla und Dieter Mronz in einer als Persönlichkeitswahl zu bewertenden Entscheidung deutlich die Oberhand. Aber auch das Bamberger Ergebnis war mit gut 20 Prozent Stimmenzuwachs herausragend. Das gilt auch für die Stimmenzuwächse in anderen großen bayerischen Städten, so in Weiden, Nördlingen und Aschaffenburg. Hervorzuheben verdient auch, daß viele Sozialdemokraten für die in 14 Tagen stattfindende Stichwahl sich qualifiziert haben.

So schreibt Werner Mergner in seinem Kommentar in der FRANKENPOST zu recht, daß Oberbürgermeisterwahlen eben „auch Stimmungsbarometer für die politische Großwetterlage“ sind. Unübersehbar war, daß die Bundespolitik der SPD bei diesen Wahlen voll durchgeschlagen hat. Die Meinungsführerschaft der Sozialdemokraten auf vielen politischen Feldern gewinnt zusammen mit einer zunehmenden Glaubwürdigkeit der SPD bei den Wählern stark an Resonanz. Dies ist nach wie vor ein ausschlaggebender Faktor für kommunalpolitische Entscheidungen.

Die grenzlandschädigende Politik der CDU/CSU-geführten Bundesregierung in Fragen der Zonenrandförderung konnte nicht ohne Folgen bleiben. Die geplante Streichung der Investitionszulage spricht dem politischen Ziel für gleiche Lebenschancen in benachteiligten Regionen geradezu Hohn. Eine Art Doppelstrategie (Kommunalpolitiker und Landespolitiker der CSU sollten mit Versprechungen eine Klientel zufriedenstellen, die Bundespolitiker der CSU eine andere mit der Forderung nach Streichung der Investitionszulage) hat nun ihre berechnete Quittung durch den Wähler erhalten.

Ein-ähnliches Bild ergibt sich in der Deutschlandpolitik. Auch hier hat sich das beharrliche und aufrichtige Bemühen um echten Interessenausgleich zwischen beiden deutschen Staaten ausgezahlt. Die SPD hat durch die gemeinsamen sicherheitspolitischen Vorschläge mit der SED und durch das Dialogpapier Vorreiterfunktion übernommen. Honoriert wird bei den Wählern, daß die SPD auch gegenüber der SED eine deutliche Sprache spricht und berechnete Forderungen an die DDR stellt. Sie drängt die Regierung, endlich die anstehenden Projekte, wie zum Beispiel den Ausbau der Eisenbahnverbindungen nach Berlin-West und gemeinsame Umweltvorhaben voranzutreiben.

Die CDU/CSU streitet sich stattdessen um das von der Geißler-Kommission erarbeitete Papier und verliert mehr und mehr an Handlungsfähigkeit und in Konsequenz auch Wählerstimmen, wie man jetzt selbst bei Kommunalwahlen sieht.

(-/8.3.1988/rs/ks)

* * *

Für generelle Reiseerleichterungen zwischen Bundesrepublik und Ungarn

Bonn sollte seinen Verpflichtungen aus der KSZE-Schlußakte nachkommen

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Seit fast 11 Jahren liegt von ungarischer Seite der Vorschlag auf dem Tisch, mit allen westeuropäischen Ländern einen visafreien Reiseverkehr zu vereinbaren. Ungarn gelang es bisher, drei derartige Abkommen zu schließen, und zwar

mit Österreich	(bereits seit dem 01.01.1979),
mit Finnland	(seit circa fünf Jahren), und
mit Schweden	(seit dem 01.01.1987).

Die Erfahrungen sind durchweg positiv.

Bislang hatten die Bürger Ungarns die Möglichkeit, einmal im Jahr ins westliche Ausland zu reisen. Ungarn ist dabei, diese Freizügigkeit auszuweiten. Die Beschränkungen auf eine Reise pro Jahr sind aufgehoben; ungarische Inhaber von Dienstpässen erhalten seit dem 1. März 1988 ein Jahresvisum für Mehrfachreisen. Man beabsichtigt, Erleichterungen dieser Art auch für Privatpersonen einzuführen.

Gerade mit der Bundesrepublik Deutschland, mit der Ungarn intensivste Beziehungen auf politischem, wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet verbinden (die Bundesrepublik Deutschland ist der größte westliche Handelspartner Ungarns, und die Einrichtung eines Goethe-Instituts in Budapest steht unmittelbar bevor), aber gibt es von Seiten der Bundesregierung erhebliche Schwierigkeiten.

Die Bundesregierung sperrt sich ohne Angabe von Gründen gegen generelle Reiseerleichterungen, die den Bürgern beider Länder zugutekommen würden. Immerhin ist zum 1. März 1988 endlich eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn in Kraft getreten, die für Diplomaten und Geschäftsleute Visaerleichterungen bringt. Nach wie vor gilt dies jedoch nicht für den allgemeinen Reiseverkehr.

Die Haltung der Bundesregierung ist umso unverständlicher, als sie selbst immer wieder die mangelnde Freizügigkeit für Bürger der Warschauer-Pakt-Länder anprengert, die im Widerspruch zur KSZE-Schlußakte steht. Die Bundesregierung hat jedoch mit Unterzeichnung eben dieser KSZE-Schlußakte ebenfalls die Verpflichtung übernommen, den Austausch von Menschen und Ideen im Interesse des Friedens- und Entspannungsprozesses maximal zu fördern. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn den Visaerleichterungen für einzelne Gruppen eine generelle Befreiung vom Visazwang für alle Bürger folgen würden.

(-/8.3.1988/st/fr)

* * *

Ein Leben für Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit

Zum Tod von Franz Zebisch

Von Ludwig Stiegler MdB

Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Mitten im Urlaub, der ihn für ein weiteres aktives Jahr voller Pläne und Schaffensfreude fit machen sollte, mußte Franz Zebisch von uns gehen. Am 24. Februar ist er gestorben, heute wird er in Weiden beigesetzt. Sein Leben galt der Arbeiterbewegung. Er war einer der großen Betriebsräte und Betriebsratsvorsitzenden, die über ihr Werk, ihr Unternehmen und ihre Region hinauswachsen, einer derjenigen, von deren Einsatz, Stärke und Ideenreichtum ganze Belegschaften und Regionen abhängen.

Am 16. Oktober 1920 in Weiden geboren, lernte Franz Zebisch die Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit von seiner engagierten Mutter. Schon in der Weimarer Republik führte sein Weg über die Falken und das Reichsbanner zur Sozialdemokratie. Nach Krieg und Gefangenschaft startete Franz Zebisch 1951 eine beispielhafte sozialdemokratische und gewerkschaftliche Aktivität, die ihn vom Glasobersortierer zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden (Arbeitnehmervertreter), vom Mitglied der Vertreterversammlung zum Vorstandsvorsitzenden der LVA Niederbayern/Oberpfalz, vom Betriebsratsmitglied zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden, vom Vertrauensmann bis zum Sprecher der Tariff Kommission für die flachglaserzeugende Industrie führte. Franz Zebisch hat sozialdemokratische Betriebsarbeit geleistet, wie sie heute immer wieder gefordert wird.

Der Aufbau der SPD in der nördlichen Oberpfalz ist untrennbar mit seinem Namen verbunden. Er arbeitete voran und zog viele durch sein Beispiel mit: als Sektionsleiter, Stadtverbandsvorsitzender, Unterbezirkvorsitzender, stellvertretender Bezirksvorsitzender und Mitglied des Landesvorstandes. Der SPD-Bezirk Niederbayern/Oberpfalz hat ihn ebenso wie der Unterbezirk Weiden, der Kreisverband Neustadt an der Waldnaab und der Stadtverband Weiden einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt, die bayerische SPD hat ihn mit ihrer höchsten Auszeichnung: der Georg-von-Vollmar-Medaille geehrt. Als Kommunalpolitiker (Stadttrat von 1956 bis 1984) wie als Bundestagsabgeordneter von 1985 bis 1980 hatte er die Wurzeln im Betrieb, bei den Kolleginnen und Kollegen, aber auch bei den Rentnerinnen und Rentnern. Der Strukturwandel der Glasindustrie hat ihm enorm viel abverlangt: Augenmaß für das Mögliche, Stohvermögen und die Fähigkeit, national und international zu arbeiten.

Im Bundestag waren die Sozialpolitik und die Regionalpolitik, insbesondere die nationale Solidarität mit dem Zonenrand seine Schwerpunkte. Für gleiche Lebens- und Entwicklungschancen im Zonenrand- und Grenzgebiet, das ohne eigenes Verschulden in diese extreme Randlage geraten ist, für gleiche Löhne und Gehälter für gleiche Arbeit auch in abgelegenen Standorten („der Kolonialabschlag muß weg“, forderte er immer wieder und schließlich mit Erfolg) hat er erfolgreich gekämpft.

Als Mitarbeiter von Ernst Scheilenberg arbeitete er am Arbeitsförderungsgesetz mit, bestritt die Maschinenschutznovelle und hatte in den siebziger Jahren maßgeblichen, durch seine Erfahrungen als Betriebsrat wie als Rentenausschuß-Mitglied der Berufsgenossenschaft der keramischen und der Glasindustrie maßgeblichen Anteil an der Entwicklung des Arbeitsschutzes. Die Erfolge dieser politischen Arbeit setzte er daheim in der Gewerkschafts- und Parteiarbeit um in Mitglieder und Zustimmung bei den Betriebsratswahlen wie bei den politischen Wahlen.

In den späten siebziger Jahren war er einer der Antreiber für eine aktive Beschäftigungspolitik: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Städtebauförderung, Dorferneuerung, Infrastruktur im ländlichen Raum und das ZIP waren seine Themen. Viele Millionen aus diesen Programmen hat er daheim in den Städten und Gemeinden seines Wahlkreises umgesetzt. Die Nachbarschaft zur CSSR lag Franz Zebisch schon zu Zeiten am Herzen, als noch niemand an den deutsch-tschechoslowakischen Vertrag dachte. Als stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag hat er die erste Delegationsreise einer Bundestagsdelegation in die CSSR und die erste größere Gegeneinladung, manchen Anfeindungen zum Trotz durchgesetzt und engagiert begleitet. Er wollte die Randlage des bayerischen Grenzlandes überwinden helfen und hat dazu beachtliche Beiträge geleistet.

Franz Zebisch hat immer generationsübergreifend gedacht. In all seinen Funktionen hat er Nachfolger gefördert, indem er sie hart forderte.

Franz Zebisch hat den größten Teil seines Lebens für die Gemeinschaft, für die Kolleginnen und Kollegen und die nördliche Oberpfalz eingesetzt: rastlos, zuverlässig und solidarisch. Seine körperliche Verfassung hat es ihm nicht immer leicht gemacht. Aber selbst schwere gesundheitliche Krisen haben ihn nicht umgehauen. Wir alle waren mit ihm der Meinung, daß er jetzt in „ruhigere Fahrwasser“ kommen würde und wenigstens zur Hälfte sich und dem Leben seiner Familie gehören würde. Er hat es auch so gesehen. Aber es sollte nicht sein. So bleibt uns Trauer um ihn, Mitgefühl mit seinen Angehörigen und die Pflicht, die Flamme am Brennen zu halten.

(-/8.3.1988/rs/ks)